

Zu 28/L. N. V.

7

Anfragebeantwortung.

In Beantwortung der in der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung vom 9. Jänner 1919 von den Herren Abgeordneten Forstner und Genossen gestellten Anfrage über mangelhafte Einrichtungen im Ortspost- und Ortsfernsprechverkehr wird seitens des Staatsamtes für Gewerbe, Industrie und Handel folgendes bekanntgegeben:

Zu Punkt 1:

Es ist richtig, daß seit Kriegsende ein Personalmangel nicht mehr besteht, ja in gewisser Beziehung einem Personalüberschusse gewichen ist. Dieser Umstand allein reicht jedoch nicht hin, um die Wiener Ortspostverhältnisse, auf die sich die vorliegende Anfrage wohl hauptsächlich bezieht, schon jetzt auf den Friedenszustand zu bringen, da auch dormalen noch immer Verkehrsschwierigkeiten verschiedener Art bestehen.

Vor allem kommt in Betracht, daß die Stadtbahn, vor dem Kriege ein wesentliches Glied im Wiener Postverkehrsnetze, ausgeschaltet ist.

Ein voller Ersatz hierfür kann jedoch nicht beschafft werden, zumal auch im Fuhrwerksbetriebe wegen Futtermangel die größten Schwierigkeiten bestehen.

Die fast regelmäßigen Verspätungen im Einlangen der Fernzüge bringen es mit sich, daß auch die an diese anschließenden Straßenpostfahrten und in weiterer Folge die Beförderung der durch sie vermittelten Ortsposten eine Verzögerung erleiden.

Einen weiteren wesentlichen Grund für die bestehenden Mängel im Wiener Ortspostverkehr bilden die mehrfachen Einschränkungen im Postbetriebsdienste, die wegen der die Leistungsfähigkeit der Postbediensteten beeinträchtigenden Ernährungsschwierigkeiten, sowie wegen der bekannten mißlichen Beheizungs- und Beleuchtungsverhältnisse Platz greifen mußten.

So mußte in Berücksichtigung der wesentlich verminderten Leistungsfähigkeit des Bestellpersonals die Zahl der Briefbestellgänge verringert werden und es ergaben sich folgende weitere Einschränkungen im Zusammenhange mit den Beheizungs- und Beleuchtungsschwierigkeiten:

Die letzte Bestellung wurde auf 2 Uhr nachmittags, die Schlufstunde für die Briefannahme

(mit Ausnahme einiger Auster) auf 5 Uhr nachmittags (eine Zeitlang sogar auf 4 Uhr nachmittags) festgesetzt, die Briefeinsammlung um 6 Uhr früh, sowie jene nach 6 Uhr abends eingestellt.

Infolge dieser notgedrungenen Maßnahmen können die in den Vormittagsstunden in Wien aufgegebenen Briefe zum überwiegenden Teile nicht mehr am gleichen Tage, die in den Abendstunden aufgegebenen nicht mit der ersten Zustellung des nächsten Morgens zugestellt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den meisten größeren Städten.

Wie bald es die Verhältnisse zulassen und die erforderlichen Betriebsmittel zur Verfügung stehen, wird die Postverwaltung gewiß nicht ermangeln, alle Vorkehrungen zu treffen, welche geeignet sind, den Postenlauf zu beschleunigen.

Zu Punkt 2:

Wie alle anderen Verkehrsmittel hat auch der Fernsprecher unter den Wirkungen des Krieges außerordentlich gelitten. Während der Kriegsjahre konnten die Anlagen infolge des Personal- und Materialmangels nur notdürftig instandgehalten und so gut wie gar nicht ausgestaltet werden, so daß jetzt nach nahezu fünfjähriger Dauer dieses Ausnahmestandes der Betrieb bei weitem nicht mehr jenes Maß an Sicherheit und Güte aufweist, welches vom Publikum in normalen Zeiten mit Recht gefordert werden kann.

In der Erkenntnis, daß bei längerer Dauer dieser durch den Kriegszustand hervorgerufenen Übelstände das für die ganze Bevölkerung unentbehrliche Verkehrsmittel vollständig lahmgelegt und damit namentlich den geschäftlichen Kreisen ein unmeßbarer Schaden zugefügt würde, hat die Generalpostdirektion sich schon vor längerer Zeit die nötigen Geldmittel gesichert, um sofort nach Beendigung des Krieges die Fernsprechanlagen nicht nur wieder in tadellosen Zustand rückzuversetzen, sondern auch in einer den Anforderungen des Verkehrs entsprechenden Weise auszugestalten.

Diese Aktion ist bereits im Zuge, kann aber natürlich nur allmählich und nur in dem Maße, als es die sich langsam bessernden Arbeits- und Materialverhältnisse gestatten, zur Durchführung gelangen. Bezüglich des Fernleitungsnetzes in Deutsch-

2

österreich wird es sich zunächst darum handeln, die vorhandenen Leitungen wieder in einwandfreien Zustand zu versetzen und das deutschösterreichische Netz selbst in den notleidenden Verkehrsrichtungen so rasch als möglich zu verdichten. Eine besondere Obforge wird dem Ausbaue der Ortsnetze gewidmet. Glücklicherweise konnten die in dieser Richtung erforderlichen Maßnahmen in den meisten großen Städten Deutschösterreichs noch vor dem Kriege in ausreichendem Maße getroffen werden, so daß hier nur noch die allmähliche Erweiterung der Kabelnetze und der bereits modernisierten Zentraleinrichtungen erübrigt.

Au allerhöchsten vom Kriege betroffen wurde aber die wichtigste Fernsprechanlage des Staates, das Wiener Ortsnetz.

Unter normalen Verhältnissen hätte Wien schon Ende 1917 ein vollständig ausgebautes Kabelnetz und einen ganz einheitlichen Betrieb nach dem Selbstanschlußsystem, wie es sich in Graz, Krakau und in einigen reichsdeutschen Städten vorzüglich bewährt, besitzen sollen.

Mit Beginn des Krieges mußten diese sehr umfangreichen Arbeiten vollständig unterbrochen werden, was zur Folge hatte, daß heute das Kabelnetz in vielen Bezirken vollkommen besetzt ist und daher Neuanschlüsse nicht mehr gestattet, der Betrieb jedoch durch das allzulange Bestehen des doch nur als Übergang von begrenzter Dauer bestimmten Vermittlungsverkehrs zwischen zwei grundverschiedenen Betriebsystemen außerordentlich erschwert ist. Dazu kommt noch, daß die noch immer mehr als die Hälfte der Anschlüsse vereinigenden 20 Jahre alten und schon weit über die Grenze der veranschlagten Lebensdauer stehenden Vielfachumschalter in der Dreihufeisengasse und Berggasse infolge natürlicher Abnutzung immer mehr Anlaß zu Betriebsstörungen bieten und ebenso wie die neuen halbautomatischen Vermittlungsämter in den letzten vier Jahren wegen Materialmangels nur mit äußerster Anstrengung betriebsfähig erhalten werden konnten. So war es beispielsweise während des Krieges nicht möglich, auch nur die dringendsten Reparaturen an schadhaft werdenden Apparatebestandteilen rechtzeitig auszuführen; in den Nutzentralen konnten wegen der Unmöglichkeit, Wismut in genügender Menge zu beschaffen, 40.000 durchgebrannte Hitzrollen nicht ersetzt werden; dadurch steigerte sich wieder die Gefahr des Durchbrennens zahlreicher Relaisfäden immer mehr und deswegen wurden auch alle Reserven, an Relaisfäden und Wählern verbraucht; neue waren aber nicht zu be-

schaffen, weil es die ganze Zeit über an seidenumspinnenen Drähten fehlte usw.

Außerdem hat in der letzten Zeit die Inanspruchnahme der Fernsprecheinrichtungen eine ganz bedeutende Zunahme erfahren, weil nach und nach alle übrigen Verkehrsmittel, deren sich das Publikum früher neben dem Fernsprecher bedienen konnte, immer schlechter und unzuverlässiger geworden sind.

Die Anforderungen an den Fernsprechbetrieb sind gegenwärtig so gesteigert (die durchschnittliche Gesprächsdichte ist heute in Wien mehr als doppelt so groß wie in Deutschland und fast dreimal so groß als in England), daß die Zufriedenheit des Publikums auch bei Vorhandensein tadelloser Einrichtungen absolut nicht erzielt werden könnte; ganz unmöglich ist dies aber, wenn diese Voraussetzung in unzureichendem Maße gegeben ist, wie dies momentan leider in Wien der Fall ist.

In technischer Hinsicht muß nun zunächst mit größter Beschleunigung die Wiederinstandsetzung des Leitungsnetzes und die Ergänzung der Zentralen mit den fehlenden Apparaten und Apparatebestandteilen durchgeführt werden; da die Leistungsfähigkeit der beteiligten Industrie zunimmt und jetzt auch der Verwaltung das zur Durchführung der Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten nötige Personal wieder zur Verfügung steht, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß bis zum Herbst dieses Jahres der Betrieb der hiesigen Fernsprechanlagen wieder annähernd den Grad der Betriebsgüte vor dem Kriege erreicht haben wird.

Gleichzeitig wird aber auch auf den raschesten Ausbau des gesamten Kabelnetzes und auf die vollständige Automatisierung des ganzen Betriebes hingewirkt werden, so daß nach Vollendung dieser sehr umfangreichen Arbeiten Wien in längstens drei Jahren eine vollkommen befriedigende Fernsprechanlage besitzen wird.

Zu Punkt 3:

Jede Verbesserung des Bahnverkehrs wird auch für den Postverkehr ausgenutzt werden.

Besondere Vorkehrungen in dieser Richtung lassen sich jedoch erst treffen, bis die Grundzüge für die Verbesserung des Bahnverkehrs bekannt sind.

Bei den Beratungen über die Ausgestaltung der Zugsfahrpläne ist übrigens die Postverwaltung vertreten und ihr Gelegenheit geboten, von ihrem Standpunkte aus auf eine entsprechende Gestaltung der Fahrpläne hinzuwirken.

Wien, 22. Jänner 1919.